

New York verbietet Gasbohrungen in Gewinnungsgebieten

WASHINGTON/NEW YORK Aus dem Konferenzraum der Umweltbehörde von New York City im Stadtteil Queens lässt Matt Mahoney den Blick aus dem Fenster schweifen. Einen Blick auf die Skyline von Manhattan. "Wir haben nichts gegen Fracking", sagt er dann. "Aber wir müssen auch an das Trinkwasser für zwölf Millionen Menschen im Großraum New York denken."

Von Christoph Klemp



Warnschilder auf dem Bohrplatz: Radios, Mobiltelefone und andere elektronische Empfangsgeräte müssen beim Betreten der Anlage abgeschaltet werden. (Foto: Klemp)

Eine Gefährdung durch Gasbohrungen komme nicht in Frage. **New York hat als erster US-Bundesstaat Gasbohrungen mit „Fracking“ im Trinkwassereinzugsgebiet verboten.**

Die New Yorker sind stolz auf ihr Trinkwasser. Sie verkaufen es in Flaschen, wie Berliner ihre Luft. Das Wasser muss nicht einmal filtriert werden, so sauber ist es. Diese Sauberkeit dürfe nicht durch Gasbohrungen oder Chemikalien, die beim Fracking-Verfahren zum Einsatz kommen, gefährdet werden, so Mahoney.

Wasserknappheit in New York

Die Kläranlagen seien nicht in der Lage, die Schwermetalle aus dem Abwasser der Gasindustrie zu filtern. Investitionen von bis zu 20 Milliarden Dollar wären nötig, schätzt Mahoney. Zudem seien die **riesigen Mengen Wasser**, die dem System entzogen würden, nicht akzeptabel. „An trockenen Tagen haben wir schon jetzt **Wasserknappheit in New York.**“

Liz Krueger sitzt in ihrem Büro, schräg gegenüber dem Chrysler-Wolkenkratzer in Manhattan und saugt einen Schluck Eiskaffee durch einen Strohhalm aus ihrem XXL-Plastikbecher: „Ich würde Fracking im Staat New York komplett verbieten“, sagt die Senatorin. Nicht nur in den Wassereinzugsgebieten. Doch mit diesem Antrag scheiterte die Demokratin im New York State Senate.

Abwasser über die Grenze

Es sei doch so: „Die Firmen fahren ihr Abwasser aus Pennsylvania in die Kläranlage nach Buffalo im Staat New York“, sagt Krueger. Abwasser mit radioaktiven Stoffen und Chemikalien, die Grenzwerte seien oft besorgniserregend. „Natürlich wollen wir das nicht, aber das interessiert die Industrie nicht. Wir können ja schlecht die Grenze zu Pennsylvania überwachen und jeden Tankwagen kontrollieren.“

Ihr interessanter Vorschlag: „Wenn die Gasindustrie fracken will, sollte sie auch das dafür benötigte Kontrollpersonal der Behörden bezahlen.“ Und die Industrie will offenbar bohren: Krueger geht davon aus, dass im Staat New York bereits rund 10.000 Leasingverträge über entsprechende Grundstücke abgeschlossen worden seien. Jeder möchte ein Stück vom Gaskuchen abhaben. Mit dem Verbot in Wassergewinnungsgebieten hat New York einen Pflock eingeschlagen, der woanders in den USA fehlt.

Rasantes Tempo der Gasindustrie

„Es gibt Lücken in der Regulierung der Bohraktivitäten. Besonders in den Staaten, in denen die Bohraktivitäten in den letzten Jahren explodiert sind“, sagt James D. Taft, Direktor der Association of State Drinking Water Administrations (ASDWA). Das Problem sei, dass die Regulierungsbehörden jetzt nacharbeiten müssen, weil sie vom rasanten Tempo der Gasindustrie überrollt wurden.

Doch die Behörden holen auf. In **Texas** unterzeichnete Gouverneur Rick Perry jüngst ein **Gesetz, das die Unternehmen dazu verpflichtet, den eingesetzten Chemiecocktail zu veröffentlichen**. Der Staat Texas ist der erste Staat der USA, der das tut.

Betriebsgeheimnis Chemie

Die Unternehmen verweisen gern auf Betriebsgeheimnisse. Einige veröffentlichen freiwillig auf der Internetseite www.fracfocus.org einige der eingesetzten Chemikalien. „Die Frage ist doch, ob die Industrie uns vollständig informiert, oder ob es Lücken gibt“, sagt James D. Taft.

Man **investiere nicht Milliarden in die Erforschung des besten Chemiecocktails**, um die schwer erschließbaren Gasvorkommen zu fördern, **um diese Informationen dann der Konkurrenz zur Verfügung zu stellen, betonen Vertreter von Halliburton und ExxonMobil** gern.

Matt Mahoney sagt: „Wir fordern zumindest eine Offenlegung der Chemikalien gegenüber den Behörden.“ Auch dazu sind die Unternehmen in den USA bislang nicht verpflichtet.